

KOMMENTAR

Kommentar der Pulheimer Bürgerinitiative gegen Ultranet e.V. zum vorliegenden Antwortschreiben von NRW Wirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart auf den offenen Brief der PBU e.V. vom Mai 2019.

Pulheim, den 19.11.2019

Viel Zeit und Geduld hat sich NRW Wirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP) erbeten, um unseren unmittelbar nach der WDR5 Sendung "Stadtgespräch" im Mai veröffentlichten Offenen Brief zum Thema Ultranet in Pulheim zu beantworten. Nach über vier Monaten erreichte uns nun sein zehnteiliges ausführliches Antwortschreiben.

Um es vorweg zu nehmen: sehr viel Neues konnte (oder wollte?) der Minister nicht berichten. Im Gegenteil, seine Antwort beinhaltet stattdessen sogar ein Szenario, welches eher als Drohung an die Bürger zu interpretieren ist. Aber der Reihe nach:

Unnötige Nachhilfe zum Thema Genehmigung!

Einleitend bezieht sich der Minister zunächst auf die verschiedenen Genehmigungsschritte bei der Utranetplanung durch die Bundesnetzagentur bzw. auf die bereits vorangegangene Genehmigung der EnLAG Leitung "Rommerskirchen - Sechtem" durch die Bezirksregierung Köln.

So wird dann auch wieder im feinsten Vorhabensträger-Sprech von stattfindender "Öffentlichkeitsbeteiligung" und "Bürgereinbindung" fabuliert, die aber im Rahmen des EnLAG Verfahrens de facto so niemals stattgefunden hat und nach Willen der Macher auch bei den Ultranet Planungen am Liebsten nicht stattfinden soll.

Ganz im Gegenteil: die angeblich "kontinuierlichen Informationsveranstaltungen", auf die sich Prof. Pinkwart glaubt beziehen zu dürfen, wären zB im Raum Pulheim ohne unseren öffentlichen Druck, das Engagement betroffener Bürger, ohne die frühzeitige Unterstützung der Fraktion des Bürgervereins im Stadtrat, und wenig später des Bürgermeisters nicht zustande gekommen.



PBU – PULHEIMER BÜRGERINITIATIVE GEGEN ULTRANET E.V.

Sebastian Locker, Arne Westphal, Jürgen Berger
Telefon: 0151-62429106
E-Mail: kontakt@pulheim-gegen-ultranet.de
Twitter: <https://twitter.com/PBUKeinUltranet>

Facebook: www.facebook.com/groups/kein.ultranet.in.pulheim
www.pulheim-gegen-ultranet.de
www.aktionsbuendnis-ultranet.de

Falsche Begründungen werden durch Zitieren nicht richtiger!

Es wird noch besser: Nachfolgend werden die bereits auch von Seiten der PBU mehrfach zitierten Wortlaute aus dem Planfeststellungsbescheid der Kölner Bezirksregierung von Ende 2016 eins zu eins übernommen. So lernen wir also erneut:

- 90 Meter hohe Strommasten mit ca. 60 Leiterseilen in 20-30 Meter Entfernung zum Wohnhaus sind gefälliger als weniger störend zu empfinden als Windräder!
- Die Landschaft ist durch das Stahlgitter der "sicht- und lichtdurchlässigen Masten WEITERHIN WAHRNEHMBAR"!
- "Die Annäherung zur Wohnbebauung ist NICHT UNZUMUTBAR"!

Dass Minister Pinkwart sich dem Argument einer angeblich nicht vorhandenen "OPTISCH BEDRÄNGENDEN WIRKUNG" der 90 Meter Montermasten anschließt, obwohl er sich vor Ort vom Gegenteil überzeugen konnte, kann nur als vollständige Ignoranz gegenüber den betroffenen Bürgern interpretiert werden.

Pulheimer Bürger werden nach Willen der Landesregierung Versuchskaninchen!

In Bezug auf das von uns angemahnte nicht erfüllte Vorsorgeprinzip im Gesundheitsschutz versteckt sich der Minister hinter allgemeinen gesetzlichen Regelungen und der geltenden 26. BImSchV, die den Bürger ja angeblich vor "nachgewiesenen gesundheitlichen Gefahren" durch Leitungen zu schützen vermag. Das Problem ist aber: Wir sprechen bei Ultranet von möglichen Gesundheitsgefahren, die nicht ausreichend erforscht sind und zu denen etwaige Studien noch nicht existieren. In dem Fall helfen auch noch so schöne vom Anlagenbetreiber "prognostizierte Berechnungen" der Belastungen nicht weiter. Zumal unabhängig davon, die offenkundig Industrie getriebenen laschen Grenzwerte der BImSchV z.B. Implantatträger aktiv ausschließen und einem kritischen internationalen Vergleich nicht standhalten.

Drohkulisse: neue Trasse!

Frei nach dem Motto "Und seid Ihr nicht willig, machen wir es eben noch schlimmer!" baut der Minister auch eine Drohkulisse auf. So könnte doch bei einer Entscheidung der Bundesnetzagentur für ein Abrücken der Ultranet Leitung vom Wohngebiet der Fall eintreten, dass man allein für die separate HGÜ-Trasse eine weitere Freileitung parallel zum jetzigen Verlauf errichtet. Dieses Szenario wurde von Seiten der Netzentur und auch Amprion bereits im Verlauf des vergangenen Erörterungstermins in Limburg für den Abschnitt D vorgebracht.



PBU – PULHEIMER BÜRGERINITIATIVE GEGEN ULTRANET E.V.

Sebastian Locker, Arne Westphal, Jürgen Berger
Telefon: 0151-62429106
E-Mail: kontakt@pulheim-gegen-ultranet.de
Twitter: <https://twitter.com/PBUKeinUltranet>

Facebook: www.facebook.com/groups/kein.ultranet.in.pulheim
www.pulheim-gegen-ultranet.de
www.aktionsbuendnis-ultranet.de

Da diese Variante aber nicht nur teurer werden dürfte, sondern auch dem in derselben Veranstaltung benannten Projektziel "Hybridleitung" entgegensteht, erscheint sie als völlig unrealistisch. Auch wenn die Planer es nicht hören wollen: der Gesetzgeber spricht im neuen NABEG eindeutig von "Mitnahme" und "Bündelung" der Bestandsleitung. Die PBU e.V. lässt sich wie auch andere Bürgerinitiativen von dieser Möglichkeit in ihren Bemühungen nicht abschrecken. Lassen wir es also darauf ankommen...!

Fazit

Eine Unterstützung der von überdimensionierten und rücksichtslosen Netzausbaumaßnahmen unmittelbar betroffenen Bürger ist (anders als zB in Hessen oder Thüringen) vom FDP geführten Wirtschaftsministerium NRW nicht zu erwarten. Ähnlich wie beim Hambacher Wald steht offenkundig das wirtschaftliche Interesse von Energieriesen und Konzernen über der Rücksichtnahme auf Bürgerinnen und Bürger! Wir nehmen es sportlich und kämpfen weiter für uns und alle Betroffenen im Namen des Aktionsbündnisses Ultranet. Wer immer noch glaubt, dass die Gleichstromtrassen im Namen der Energiewende unabdingbar seien, dem sei der (übrigens auch von Herrn Prof Pinkwart zitierte und von den Netzbetreibern selbst(!) vorgelegte Netzentwicklungsplan) empfohlen: Auch bei einer Verdoppelung des derzeitigen Windkraftausbaus im Norden wird dort vor 2030 kein Stromüberschuss entstehen, der im Süden der Republik zur Versorgungssicherheit beitragen könnte!

In diesem Sinne: ENERGIEWENDE GEHT DEZENTRAL

Eure/Ihre
PBU e.V.



PBU – PULHEIMER BÜRGERINITIATIVE GEGEN ULTRANET E.V.

Sebastian Locker, Arne Westphal, Jürgen Berger
Telefon: 0151-62429106
E-Mail: kontakt@pulheim-gegen-ultranet.de
Twitter: <https://twitter.com/PBUKeinUltranet>

Facebook: www.facebook.com/groups/kein.ultranet.in.pulheim
www.pulheim-gegen-ultranet.de
www.aktionsbueundnis-ultranet.de